

Österreichische Bischofskonferenz
7. - 9. November 1995

Erklärung

In den letzten Jahren hat es in der römisch-katholischen Kirche Österreichs allseits bekannte Probleme und Leiden gegeben. Bei vielen Menschen ist aber auch die Hoffnung gewachsen, daß gerade jetzt eine Erneuerung des Glaubens möglich ist. Viele haben den Initiativen "Kirchenvolks-Begehren" und "Weizer Pfingstvision" ihre Unterschrift gegeben. Wieder andere haben große Sorge, daß dadurch eine Zerreißprobe für die Einheit der Kirche entstehen könnte. Hinter beiden Initiativen stehen viele, die auch sonst in der Kirche engagiert sind. Wir nehmen ihre Sorge ernst und hoffen, daß es ihnen um die notwendige Erneuerung der Kirche und nicht um eine Trennung von ihr geht.

Wir Bischöfe wissen uns dem Weg der Erneuerung verpflichtet. Wir spüren die raschen, in ihren Auswirkungen noch nicht absehbaren Umwälzungen der Gesellschaft, wir nehmen die Entwicklungen und zum Teil schmerzlichen Ereignisse innerhalb unserer Kirche wahr und wir hören die Wegweisung des Papstes für die ganze Kirche im Blick auf das Jahr 2000.

Wir fühlen uns bestärkt durch ein großes Interesse, aus dem zu spüren ist: den Österreichern ist das Geschick der katholischen Kirche, die durch viele Jahrhunderte dem Land wesentliche Prägungen gegeben hat und weiter gibt, nicht gleichgültig.

Wir wissen, daß dieser Weg Unbekannte hat, wahrscheinlich auch beträchtliche Schwierigkeiten, aber der Herr hat jene, die ihm nachfolgen, nicht in gesicherte Lebensumstände entlassen.

Wir wollen die katholische Weite und daher nicht einzelnen Richtungen und Gruppen Monopolansprüche zugestehen. Wir wollen

vor allem die Tiefe: Erneuerung ist nur fruchtbar, wenn sie aus den Wurzeln des Evangeliums, des Glaubensgutes und der vorbehaltlosen Liebe wächst. Ohne Angst vor dem Heute und dem Morgen und voreinander gehen wir ans Werk. Wir wissen uns dabei vom Konzil bestimmt.

In letzter Zeit wurden konkrete Fragen aufgeworfen, denen wir nicht ausweichen wollen.

Wir danken allen, die sich in ehrlicher Sorge zu Wort gemeldet haben und allen, die wertvolle Arbeit geleistet haben, besonders denken wir an die Pastorkommission Österreichs und an viele Einzelpersonen. Wir danken denen, die für die Kirche beten und auch leiden.

Die Impulse zur Erneuerung werden in den einzelnen Diözesen situationsgemäß verschiedene Verwirklichung finden.

Beispielsweise könnte folgendes getan werden:

1. Aufnahme von Kontakten mit Initiatoren des Kirchenvolks-Begehrens und darüber hinaus mit Personen und Gruppen, die eher abseits, im Protest stehen, oder sich ausgegrenzt fühlen. Persönliche Begegnungen mit dem Bischof halten wir für sehr wertvoll.

Die verschiedenen Initiativen wie Kirchenvolks-Begehren, Weizer Pfingstvision u.a. können zwar keinen Vertretungsstatus haben, aber es kann möglich sein, sie einzubinden und ihnen Raum für Ideen und Versuche in Verbindung mit den Einrichtungen der Diözese zu geben.

2. Es können in geeigneter Form "Offene Gespräche" stattfinden. Das heißt: auf allen Ebenen und auch über die organisierten und institutionalisierten Gruppen hinaus Gesprächsvorgänge, sei es in Pfarren, Gemeinschaften, Dekanaten, in der Gesamtdiözese. Es soll damit eine Vertiefung der eher pragmatischen Forderungen erreicht werden. Außerdem ist es wichtig, daß Menschen mit verschiedener Einstellung dabei zu Wort kommen. Das Grundthema kann heißen: Kirche: Woher - wofür - wohin?

Eine besondere Beachtung soll daher die Sakramentenpastoral finden, die Gemeinsamkeit des ganzen Volkes Gottes in seinen vielen Berufungen nach dem Bild des Konzils. Wir fragen auch nach der Art der Verkündigung.

Dabei sind wir uns bewußt, daß die Botschaft Christi durch einseitige und überzogene Darlegungen entstellt werden kann und worden ist. Es geht darum, diese Botschaft unverkürzt in die neuen Lebensumstände zu übersetzen. Ein besonderes Anliegen ist uns dabei die Erneuerung der christlichen Ehe und Familie.

Umfassend geht es um die Frage: Wie antwortet die Kirche auf die Herausforderungen der heutigen Gesellschaft? In einigen Diözesen sind bereits Foren entstanden, wo man sich dieser Frage stellt.

3. Diese Offenen Gespräche sollen sich im September 1996 in Mariazell verdichten in einer zunächst zahlenmäßig kleinen Zusammenkunft der Bischöfe mit Fachleuten zum Gespräch über die Stellung und den Auftrag der Kirche in Gesellschaft und Staat.

Damit wollen wir einen Beitrag zur Jahrtausend-Feier Österreichs geben. Dieses Treffen ist eine Fortführung der Zusammenkunft 1952 in Mariazell. Daran soll sich eine "Wallfahrt der Vielfalt" etwa vom 7. bis 9. September 1996 nach Mariazell, zum Haus Marias, der Mutter der Kirche anschließen, bei der alle kirchlichen Initiativen, Gruppen und Organisationen miteinander beten, Gottesdienst feiern und miteinander ins Gespräch treten können. In dieser Atmosphäre des Gebetes und Gesprächs soll auch Versöhnung möglich sein.

Mit der Vorbereitung der Expertengespräche ist Erzbischof Schönborn betraut, mit der Vorbereitung der Wallfahrt die PKÖ in Verbindung mit KA, Laienrat und Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände.

4. Im Juni 1997 findet die Europäische Ökumenische Versammlung in Graz statt mit dem Titel "Versöhnung". Das ist für uns ein

besonderer Auftrag, innerhalb der Kirche und über die Grenzen der Kirche hinaus. Wir sehen dies für die verschiedenen Kirchen und Gemeinschaften als einen Anlaß, eigene Schuld zu bekennen und Vergebung zu suchen. Die Grazer Versammlung könnte der Ökumene in Österreich neue Impulse geben und in letzter Zeit entstandene Mißverständnisse und Schwierigkeiten ausräumen.

5. Das von der Initiative "Kirchenvolks-Begehren" vorgeschlagene Modell einer Kirchenversammlung kann so nicht akzeptiert werden, weil es nicht mit der Verfassung der katholischen Kirche in Übereinstimmung gebracht werden kann.

Wir denken eher an einen Katholikentag, der vor dem anbrechenden neuen Jahrtausend die Gläubigen versammelt. Dabei werden wir miteinander den Glauben feiern, aber ebenso in ehrlicher Arbeit und im Austausch der Erfahrungen und Hoffnungen die anstehenden Probleme behandeln. Bis zur Frühjahrs-Bischofskonferenz 1996 soll die PKÖ in Verbindung mit anderen Einrichtungen Vorschläge für die konkrete Durchführung erarbeiten.

Den in den Punkten 3, 4, 5 genannten Vorhaben werden sich alle Diözesen Österreichs anschließen.

6. Die Errichtung von Frauenkommissionen o.ä. als eine gute Möglichkeit, die Anliegen der Frauen besonders zu unterstreichen. Frauen tragen schon jetzt in vielen kirchlichen Bereiche wichtige Verantwortung. Wir regen an, ihre Präsenz in allen Gremien, in denen Laienchristen vertreten sind, zu verwirklichen. Die Frage nach der Diakonatsweihe für Frauen bewegt viele. Die Antwort ist theologisch noch nicht ausgereift und bedarf weiterer Klärung.

7. In der Priesterfrage gibt es keinen österreichischen Sonderweg. Aber wir sehen das schmerzliche Problem des steigenden Mangels an Priestern und damit der Gefahr des Schwindens der sakramentalen Praxis im Leben der Kirche. Der Wunsch nach Änderung der Zulassungsbedingungen drückt auch eine tiefe Not aus. Wir sollen jedoch nicht einfach mit einer Änderung rechnen.

Im übrigen würden dadurch viele Probleme noch nicht gelöst sein. In dieser Situation müssen wir, ohne etwas zu beschönigen, zusammenstehen, die Priester ermutigen und in ihren Lebensbedingungen stützen. Aus Resignation wächst nichts an neuem Leben, wohl aber aus der erlebbaren Freude, als Seelsorger und Boten des Evangeliums gebraucht zu werden.

Weltweit wächst insgesamt die Zahl der Priesterberufe. In Österreich dürfen wir nicht aufhören, um geistliche Berufungen zu beten und Wege zu ihrer Entdeckung und Entfaltung zu suchen.

Unsere Hoffnungen und Sorgen betreffend priesterliche Existenz und den Priester- und Ordensnachwuchs wollen wir immer wieder mit Rom und mit der ganzen Weltkirche teilen.

8. Die Bischöfe werden ihrer Aufgabe, in gewissen Zeitabständen Bischofskandidaten zu benennen, nach einer Befragung von Priestern, Ordensleuten, Diakonen und Laien in ihrer Diözese im Rahmen des geltenden Kirchenrechts nachkommen. Damit darf das päpstliche Recht zur freien Bischofsernennung nicht eingeschränkt werden. Strikte Diskretion ist zu wahren. Einige Modelle für solche Vorgänge sind bereits im Gang.

9. Ein Modell für Ombudsstellen bezüglich sexuellen Mißbrauchs von Kindern und Jugendlichen im Kirchenbereich wurde von Fachleuten erarbeitet. In einigen Diözesen sind solche Stellen bereits errichtet, in einigen anderen geplant.

10. In allem geht es um die erneuerte Wirklichkeit des Christseins. Diese findet sich nach der Bergpredigt und auch nach den Gerichtsreden des Evangeliums vor allem in den Werken der Hilfeleistung, der Nächstenliebe, innerhalb und außerhalb der Kirche, organisiert und spontan, materiell und geistig. In der Begegnung mit der Armut, den Hoffnungen und den Herausforderungen der konkreten Menschen in der heutigen Gesellschaft hat sich jeder Versuch zur geistlichen Erneuerung zu bewähren.

Hinter all dem sehen wir die wohl ernsteste Frage:
Werden in 5 Jahren die Menschen beten, das Evangelium hören und
lieben - das heißt: Jesus Christus suchen, ihm nachfolgen wollen,
auf sein Gebot hin zusammenstehen?
Oder wird eine "Religion ohne Gott" Österreich erfüllen?
Die Situation, unser pastorales Gewissen und der Aufruf des
Papstes in Richtung auf das Jahr 2000 verpflichten uns zu einem
neuen Anfang.
Wir rufen allen zu: Bitte kommt mit!

Österreichische Bischofskonferenz
7. - 9. November 1995

Referate in der ÖBK

Ökumene: Bischof Dr. Johann WEBER

Jugend: Bischof Dr. Paul IBY

Erneuerungsbewegungen: Erzbischof Dr. Christoph SCHÖNBORN

Österreichische Bischofskonferenz
7. - 9. November 1995

Nationalratswahl 1995

Aufruf der österreichischen Bischöfe zur Nationalratswahl 1995

Im Blick auf die Verantwortung für unser Heimatland Österreich richten wir anlässlich der Nationalratswahl vom 17. Dezember 1995 folgenden Aufruf an alle Österreicherinnen und Österreicher:

1. Wir bitten alle wahlwerbenden Gruppen, in einem fairen Wettstreit um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler zu werben, damit jede Verunglimpfung des politischen Gegners vermieden und das Menschenrecht auf den guten Ruf gewahrt bleibt. Frauen und Männer, die zur Übernahme öffentlicher Mandate bereit sind, sollen nicht durch einen unfairen Wahlkampf belastet werden.
2. Wir fordern alle wahlberechtigten Österreicherinnen und Österreicher auf, von ihrem verfassungsgemäß garantierten Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Österreichische Bischofskonferenz
7. - 9. November 1995

8. Dezember

Am Marienfeiertag 8. Dezember sollen heuer erstmals österreichweit die Geschäfte offengehalten werden. Die ÖBK hat schon bisher solche Bestrebungen abgelehnt und bedauert auch jetzt nachdrücklich die letzte Entwicklung. Mit ihr wird ein gutes Stück Glaubens- und Lebenskultur der Menschen in unserem Land in Frage gestellt.

Der Maria-Empfängnis-Tag hat in und für Österreich seit mehr als 300 Jahren eine besondere Geschichte. Nach der Wiederherstellung der Freiheit im Jahre 1955 hat ein beeindruckendes Votum der Bevölkerung die Wiedereinführung dieses Feiertags erfolgreich verlangt. Er ist daher über den Raum der Kirche hinaus ein Zeichen der Dankbarkeit und gerade in der vielbeklagten Betriebsamkeit der Vorweihnachtszeit ein Tag für Besinnung, für Fest und Feier und für die Begegnung der Menschen. Durch das Offenhalten der Geschäfte können viele Arbeitnehmer den Feiertag nicht in diesem Sinne nützen, besondere Schwierigkeiten haben Alleinerzieher mit der Betreuung ihrer Kinder. Ganz besonders muß auch betont werden, daß die Teilnahme an der Eucharistiefeier für alle Gläubigen Gewissenspflicht ist.

Die Feiertagskultur gehört wesentlich zum Profil eines Landes zum geistigen und körperlichen Aufbau unserer Bevölkerung. Rein kommerziellen Interessen darf dieses gerade in Österreich bisher so gepflegte religiöse und kulturelle Erbe nicht geopfert werden.

Was uns aufbauen soll, wollen wir nicht abbauen.

Österreichische Bischofskonferenz
7. - 9. November 1995

ENTWICKLUNGSHILFE ÖSTERREICHS

Angesichts der finanziellen Verpflichtungen Österreichs gegenüber der EU und der Bemühungen um eine Sanierung des österreichischen Staatshaushalts besteht die Gefahr, daß die staatliche Entwicklungshilfe Österreichs verringert statt erhöht wird. Wie schon in ihrem Sozialhirtenbiref appellieren daher die österreichischen Bischöfe an die Bundesregierung, ihre weltweite Mitverantwortung eines der reichsten Länder der EU wahrzunehmen und einen größeren finanziellen Beitrag zur Entwicklung im Süden zu leisten.

Es geht aber nicht nur um eine Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe, sondern auch um die Zusammenarbeit des Staates mit den privaten Trägerorganisationen dieser Hilfe. Aufgrund der Sparmaßnahmen und wegen der erst im Oktober erfolgten Freigabe der Mittel aus der Überschreitungsermächtigung durch das Finanzministerium wurde die Zusammenarbeit mit den Partnern im Süden gefährdet und wurden einige österreichische Nicht-Regierungsorganisationen in beträchtliche Schwierigkeiten gebracht.

Die österreichischen Bischöfe rufen daher die österreichische Bundesregierung nachdrücklich auf, die Bedeutung der Nicht-Regierungsorganisationen in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit entsprechend ihren Leistungen ernst zu nehmen und im Sinne des Grundsatzes der Subsidiarität die vorhandenen Anstrengungen unbürokratisch zu ergänzen und zu verstärken. Nur durch eine Festlegung verbindlicher Arbeitsbeziehungen und eines langfristig abgesicherten Budgetrahmens kann eine verbesserte Zusammenarbeit erreicht werden, die auf gegenseitigem Vertrauen beruht.